

Kurzreview der Fachliteratur: Rechtsfragen zur Digitalisierung der Hochschulen in NRW (Datenschutz-, Urheber- und Prüfungsrecht), Ausgabe 07/2020

Projekt Rechtsinformationsstelle Digitale Hochschule NRW
Veröffentlicht am 26. Juni 2020

Konzept

Im Folgenden haben wir interessante Beiträge betreffend die Digitalisierung der Hochschulen in NRW aus der im Juli erschienen rechtswissenschaftlichen Fachliteratur zusammengestellt mit Autor, Titel, Link und meist kurzer Inhaltsangabe.

Die Quellen beschränken sich im Wesentlichen auf die folgenden Zeitschriften: Computer und Recht (CR), Computer und Recht international (CRi), Datenschutz und Datensicherheit (DuD), Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR), Der IT-Rechtsberater (ITRB), Kommunikation und Recht (K&R), Multimedia und Recht (MMR), Neue Juristische Zeitschrift (NJW), Zeitschrift für Datenschutz (ZD), Zeitschrift für Informationsrecht (ZIIR), Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM), COVID-19 und Recht (COVuR), Ordnung der Wissenschaft (OdW), Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ), Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (NVWBl.), Verwaltungsrundschau (VR). Darüberhinausgehende Literatur versuchen wir mit aktuellen Recherchen in beck-online.de abzudecken.

Im Anschluss finden sich Links zu relevanten Internetbeiträgen für den Zeitraum bis 27.07.20 sowie Hinweise auf Veranstaltungen. Die Links selbst enthält im hinteren Teil den durch-Leerzeichen-abgetrennten Titel, sodass eine Einschätzung der Relevanz möglich ist.

Inhalt

.....	1
Datenschutzrecht	2
Urheberrecht.....	2
Prüfungsrecht.....	2
Sonstiges (Staatshaftungs-, Arbeits-/Dienst-, Organisationsrecht).....	2
Internetquellen bis 27.07.2020	4
Veranstaltungen / Schulungen bzgl. Rechtsfragen einer Digitalen Hochschule	5

Datenschutzrecht

1. Lentz, Aktuelle Aspekte des Beschäftigtendatenschutzes im Zuge der Covid-19-Pandemie, ArbRB 2020, 182-185, (via beck-online, €)

Überblick über verschiedene datenschutzrechtlich in der Pandemie neuralgische Punkte, über die sich der Arbeitgeber in der Pandemie Gedanken machen muss.

Urheberrecht

-

Prüfungsrecht

-

Sonstiges (Staatshaftungs-, Arbeits-/Dienst-, Organisationsrecht)

2. Rinze/Schwab, Dulde und liquidiere - Staatshaftungsansprüche in Coronazeiten, NJW 2020, 1905, (via beck-online, €)

Die Autoren setzen sich mit Geldansprüchen gegen den Staat auseinander, die infolge von rechtswidrigen wie rechtmäßigen Handlungen des Staates im Rahmen des Staatshaftungsrechts entstehen können. In den Blick genommen wird hauptsächlich die Perspektive von Unternehmen, welche im Rahmen des Lockdowns zur Schließung gezwungen wurden. Unter VI. werden Geldansprüche infolge rechtmäßiger hoheitlicher Maßnahmen angesprochen, die nicht in Eigentum, sondern Leben, Gesundheit oder Freiheit eingreifen und zu nichtvermögensrechtlichen Schäden führen.

3. Sander/Hilberg/Bings, Arbeitsschutzrechtliche Fürsorge- und Schutzpflichten sowie Haftungsrisiken für Arbeitgeber im Zusammenhang mit COVID-19, COVuR 2020, 347-357 (via beck-online, €)

In dem sehr ausführlichen Beitrag konkretisieren die Autorinnen die Fürsorgepflichten des Arbeitgebers für seine Mitarbeiter in der Pandemie unter anderem mit Listen konkreter Maßnahmen. Was muss ein Arbeitgeber tun, um einer Haftung im Infektionsfall zu entgehen? Untersucht wird etwa auch, ob der Arbeitgeber zur Nutzung der Corona-Warn-App zum Zwecke der des Gesundheitsschutzes der Kollegen verpflichtet kann.

4. Reifelsberger, Arbeitsschutz und COVID-19 – Haftung des Arbeitgebers, COVuR 2020, 357-363 (via beck-online, €)

Der Beitrag setzt sich mit ähnlichen Fragen wie der vorgehende auseinander und kann daher gut im Zusammenhang gelesen werden.

5. Winkelmüller, Rechtssicherheit bei Corona-Schutzmaßnahmen, ARP 2020, 187-190

Als Orientierung für die rechtssichere Fortführung von Unternehmen mithilfe von Schutzmaßnahmen wird der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichte SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard als „Stand der Technik“ herausgehoben.

6. *BVerfG*: Erfolgreicher Eilantrag gegen coronabedingte Beschränkungen des Schulbetriebs und des Betreuungsangebots in Kindertagesstätten, COVuR 2020, 379-381 (via beck-online, €)
7. *ArbG Augsburg* (mit Anmerkung): Anspruch auf Erbringung der Tätigkeit im Homeoffice, COVuR 2020, 332-334 (via beck-online, €)

Das Gericht stellt trotz hausärztlichem Attest des Klägers relativ knapp fest, dass es im Ermessen des Arbeitgebers stehe, wie die aus § 618 BGB folgende Verpflichtungen umgesetzt werden.

Die Anmerkung geht darüber hinaus und setzt sich mit weiteren Normen und Prinzipien auseinander, die in der Frage des Anspruchs auf Homeoffice im Kontext von Corona relevant werden.

8. *Wacker*, Entscheidungsfindung in Kollegialorganen in Krisenzeiten – Dargestellt am Beispiel von Selbstverwaltungskörperschaften, NVwZ 2020, 922-926 (via beck-online, €)

Der Autor untersucht die Möglichkeit, bereits de lege lata Beratungen und Entscheidungen außerhalb von Präsenzsitzungen etwa in Videokonferenzen zu treffen. Für öffentlich-rechtliche Körperschaften der funktionalen Selbstverwaltung – worunter auch die öffentlichen Hochschulen fallen – gingen die Meinungen über die Zulässigkeit auseinander. Nach allen Auffassungen sei ein entsprechendes Verfahren – vorbehaltlich anderslautender Satzungen, welche aber einfach änderbar seien – aber möglich, soweit kein Mitglied des Gremiums Einwände erhebt, § 90 I 2 VwVfG NRW.

9. *ArbG Mainz* (mit Anmerkung *Bott*): Präsenzunterricht während der Corona-Pandemie, COVuR 2020, 393-395 (via beck-online, €)

Leitsatz: „Wie auch immer der Präsenzbetrieb in den Schulen in den kommenden Monaten gestaltet sein mag, ist doch abzusehen, dass Lehrer an Schulen ihn – mit welchen Einschränkungen auch immer – künftig erteilen werden müssen; dabei werden staatlich wie private Schulträger auf die gesundheitlichen Einschränkungen der jeweiligen Lehrkräfte einzugehen haben, doch bleibt ihnen dabei ein weiter Ermessensspielraum.“

In diesem Zusammenhang folgende zwei relevante Urteile, die bereits in der Fachliteratur vor Juli 2020 rezipiert wurden:

10. *OVG Bautzen* (mit Anmerkung *Bott*): Schutzmaßnahmen in Kindertagesstätten und Grundschulen, COVuR 2020, 316 (via beck-online, €)

Rechtmäßigkeit der sächsischen Corona-Verordnung, welche Ausnahme des Mindestabstandsgebots in Kitas und Grundschulen vorsieht unter Befreiung gewisser Risikogruppen von der Pflicht zur Präsenzlehre.

11. *VGH Kassel* (mit Anmerkung *Bott*): Dienstleistung einer Grundschullehrerin nicht wegen der Covid-19-Pandemie unzumutbar, COVuR 2020, 262-265 (via beck-online, €)

Leitsätze: „1. Verweigerungsrecht in Bezug auf die „Hauptdienstleistungspflicht“ einer Grundschullehrerin, ihre Schüler zu unterrichten, besteht bei einer (unterstellten) Missachtung arbeitschutzrechtlicher Bestimmungen nur dann, wenn die Heranziehung zum Unterricht trotz ergriffener Schutzmaßnahmen eine unter Fürsorgegesichtspunkten nicht hinnehmbare erhebliche Gefahr für Leib oder Leben bedeutet.

2. Auftrag, Schüler zur Einhaltung grundlegender Hygienevorschriften sowie des Abstandsgebots anzuhalten, verletzt nicht den Anspruch auf eine amtsangemessene Beschäftigung.“

Internetquellen bis 27.07.2020

- <https://zenodo.org/record/3911092> -- Umfrage zu den Angeboten für Digitale Lehre an deutschen Hochschulen im Juni 2020 durch den ZKI-Arbeitskreis Strategie & Organisation und die AMH
- <https://www.forschung-und-lehre.de/management/wie-hochschulen-weltweit-mit-corona-umgehen-2902/>
- Einfügung einer Verordnungsermächtigung in das Hessische Hochschulgesetz – ähnlich dem § 82a HG NRW. Anders in NRW werden dort in der Begründungen auch Aspekte des Datenschutzes genannt, http://starweb.hessen.de/cgi-bin/webhltlinks.pl?form=/webhlt_links.html&typ=drs&title=Drucksache&nb=20/2955 :
„In Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der Pandemie-Lage kann es gegebenenfalls kurzfristig erforderlich sein, in Abstimmung mit den Hochschulen besondere Regelungen für eine rechtssichere Ausgestaltung von Online-Prüfungen zu schaffen, für die neben den grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Anforderungen an Prüfungen als grundrechtlichrelevante Berufszulassungsregelungen auch Aspekte des Datenschutzes, der Datensicherheit und der IT-technischen Anforderungen zu berücksichtigen sind. In Abstimmung mit den Hochschulen wird kurzfristig geprüft werden, ob und inwieweit über hochschulautonome Regelungen hinaus ein Rechtsrahmen durch die Rechtsverordnung geschaffen werden soll.“
- <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/eugh-c264-19-online-plattformen-urheberrecht-auskunftsanspruch-adresse/>
*Zusammenfassung eines neuen EuGH-Urteils zu Verfolgungsansprüchen bei Urheberrechtsverletzungen.
Das Urteil ist auch im Zusammenhang mit der Unterbindung von rechtswidrigem Verhalten von Studierenden auf Plattformen wie zB studydrive.net relevant. Dort werden teilweise rechtswidrig angefertigte Mitschnitte von Vorlesungen ausgetauscht. Siehe hierzu die Veröffentlichung des RiDHnrw unter <https://www.itm.nrw/digitale-hochschule-nrw/veroeffentlichungen/> .*
- <https://www.forschung-und-lehre.de/recht/gericht-stuetzt-maskenpflicht-in-pruefungen-2969/>
- <https://www.forschung-und-lehre.de/recht/webinar-ist-eingetragene-marke-2927/>
Vgl. hierzu auch eine Veröffentlichung des RiDHnrw unter <https://www.itm.nrw/digitale-hochschule-nrw/veroeffentlichungen/>
- <https://www.gdd.de/aktuelles/startseite/handlungsempfehlung-gdd-eugh-eu-us-privacy-shield-SCC>
Einordnung des Privacy-Shield-Urteils des EuGH und Ableitung konkreter praktischer Folgerungen / Empfehlungen durch die Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit
- <https://www.delegedata.de/2020/07/das-schremsii-urteil-des-eugh-folgen-fuer-die-praxis-des-einsatzes-von-standarddatenschutzklauseln/>
dito von anderer Stelle

- <https://www.gdd.de/eu-us-privacy-shield-schrems-ii-urteil/ansichten-der-aufsichtsbehoerden-eu-us-privacy-shield>

Veranstaltungen / Schulungen bzgl. Rechtsfragen einer Digitalen Hochschule

-